

Mediencommuniqué vom 22. September 2008

6 Jahre Erfolg mit dem MV-Referendum zur Rettung der Rosenthalhäuser:

Endlich das Versprechen einlösen!

Heute Montag feiern der MV Basel und die Mietbewegung «6 Jahre erfolgreiches Referendum zur Rettung der Rosenthalhäuser». Doch anstatt die Aufträge des Volks und des Parlaments endlich zu erfüllen, findet man im Departement der scheidenden Regierungsrätin immer neue kostspielige juristische Schikanen.

Die Rosenthalhäuser wanken nicht. Entgegen allen Unkenrufen stehen sie auch im sechsten Jahr seit dem erfolgreichen Referendum des Mieterinnen- und Mieterverbands (MV Basel) auf festem Boden, sind voll vermietet und bleiben weiterhin günstig.

Grosserfolg gegen Grossinvestoren-Gebaren

Der MV Basel betrachtet dies als grossen Erfolg im Bestreben, die Grossinvestoren - hier die Zürich Versicherungen - an ihren mieterfeindlichen Abbruch- und Sanierungsstrategien zu hindern. Ohne das MV-Referendum 2002 wären die Rosenthalhäuser bereits geschleift. Bezahlbarer Mietwohnraum wäre für die durchschnittliche Wohnbevölkerung definitiv verloren.

Die negativen Erfahrungen mit der Zurich bei den Rosenthalhäusern waren damals einer der Auslöser für die MV-Initiative «Ja zu einem besseren Wohnschutz für Mieterinnen und Mieter», über welche diese Woche noch abgestimmt wird. Die Mietwohnschutzinitiative sieht bekanntlich eine strukturelle Sperre vor gegen Grosskonzern-Konzepte wie Billigsanierungen und Massenkündigungen. Von beidem ist vor allem der Mittelstand betroffen.

Auch bei den Rosenthalhäusern verlangt der MV Basel: «Fair sanieren zu bezahlbaren Mieten.» Weiterhin macht die Zurich bloss das Minimum und weigert sich hartnäckig, die hässliche Aussenfassade an den guten inneren Ausbaustand anzupassen.

Scheidende Vorsteherin: Jetzt endlich die Versprechen einlösen!

Willfährige Unterstützung findet die Zurich beim Baudepartements. Dessen Vorsteherin lässt weiterhin zu, dass Volks- und Grossratsentscheide missachtet werden.

So hat das Volk im Referendum von 2002 die Neuordnung der Bau- und Strassenlinien klar verweigert, die für die Zurich-Neubaupläne notwendig gewesen wären. Unbekümmert darum hat nun Barbara Schneider diese Linien eigenmächtig neu festgelegt und das Volk damit desavouiert. Vertrauensanwälte des MV Basel halten dies für juristisch unhaltbar und haben daher Einsprache erheben müssen. Dies ist für beide Seiten kostspielig, für die Steuerzahlenden ebenso wie für den MV Basel.

Nicht umgesetzt ist weiterhin auch die vom Grossen Rat verlangte politische Klärung der Angelegenheit im Sinne des Volksentscheids. Die entsprechende Motion Jans bleibt weiterhin unbeachtet in Schneiders Schubladen liegen.

Trauriger Abgang?

Der MV Basel fordert, die scheidende Departementsvorsteherin möge sich ihres Versprechens vom 22. September 2002 erinnern. Damals hatte sie vor laufender Kamera bekräftigt, das Volksverdict zur Rettung der Rosenthalhäuser ernst zu nehmen. Sollte sie nun nicht rasch einen mieterfreundlichen Schlussstrich unter diese Angelegenheit ziehen, so käme man aus der Optik der Mietbewegung nicht umhin, in Zusammenhang mit ihrem Amtsende von einem traurigen Abgang zu sprechen.